

Die Sieben-Millionen-Euro-Frage

Weil die Heilig-Geist-Spital-Stiftung fest mit Einnahmen aus der Bebauung der Ochsenau rechnet, kommt es im Plenum zu kontroversen Diskussionen

(sj) Auf den ersten Blick mögen die teils umstrittene geplante Bebauung der Ochsenau im Osten Landshuts und der Haushalt der Heilig-Geist-Spital-Stiftung zwei völlig verschiedene Dinge sein – doch weit gefehlt. Ein Teil des Areals, das in der Ochsenau bebaut werden soll, gehört nämlich der Stiftung. Und dass diese den Grundstücksverkauf in ihre Haushaltsplanung bereits eingepreist hat, missfiel am Freitagnachmittag im Plenum einigen Stadträten.

Als es um den Haushalt der Stiftung ging, machte der dafür zuständige Kämmerer Klaus Peißinger erneut deutlich, dass die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf fest für die Sanierung des stiftungseigenen Altenheims Heilig-Geist-Spital eingeplant sind. Für die Jahre 2024 und 2025 rechnet man jeweils mit 3,5

Millionen Euro. Was die Dringlichkeit der Einnahmen angeht, ließ es Peißinger an Eindeutigkeit nicht vermissen: „Wenn wir die Investitionen nicht tätigen, dann können wir das Heilig-Geist-Spital in der



Links von der Straße LA14 liegt die Ochsenau. Ein Teil davon soll bebaut werden – und das ist umstritten.

Fotos: Christine Vinçon, Klaus Leidorf

jetzigen Form nicht mehr fortführen.“ Sogar von einem „finanziellen Flasko“ für die Stiftung sprach Peißinger, würde das Geld für die Grundstücke nicht fließen.

ÖDP-Stadtrat Stefan Müller-

Kroehling hielt es dagegen für „höchst fahrlässig“, diese Mittel einzuplanen. Zumal eine Klage des Landesbundes für Vogelschutz gegen die Bebauung der Ochsenau in Arbeit sei. Grünen-Fraktionschef

Stefan Gruber wies darauf hin, dass es noch keinerlei Baurecht für die Ochsenau gebe. „Unseres Erachtens bauen sie Druck auf, um die Bebauung schnellstmöglich zu realisieren.“ Ein Vorwurf, den Peißinger von sich wies: „Es gibt keine Anhaltspunkte, dass die Wohnbebauung mittelfristig nicht realisiert werden kann.“

Stefan Gruber und später CSU-Fraktionschef Rudolf Schnur sprachen bezüglich der Ochsenau das Thema Infrastruktur an. Eine Bebauung sei nämlich immer mit der Zusage verknüpft worden, dass die Verkehrsprobleme im Osten gelöst werden. Dazu gehört der Bau der B15 neu bis zur LA14 und laut Schnur auch eine fertige Grundschule Ost. Was den Weiterbau der B15 neu als Voraussetzung angeht, sagte Oberbürgermeister Alexander Putz (parteilos), dass es bei der Zusage seinerseits bleibe. Möglicherweise könne deshalb der Zeitraum (der geplanten Bebauung der Ochsenau, *Anm. d. Redaktion*) nicht gehalten werden.

Schnur forderte, dass die Stiftung sich Gedanken für den Fall machen müsse, wenn das mit der Ochsenau aus welchen Gründen auch immer nicht klappe. Klaus Peißinger nahm das als klaren Auftrag mit, sich für den Haushalt 2023 entsprechende Gedanken darüber zu machen. Der Haushalt für das nächste Jahr blieb davon unberührt und wurde einstimmig genehmigt.